



Die politische Lage:

Rückblick: Ein forderndes aber auch erfolgreiches Jahr 2014!

Gerade liegt die letzte parlamentarische Sitzungswoche des Jahres in Berlin hinter mir. Zeit für einen Rückblick: Vor einem Jahr wurde die Bundesregierung mit unserer Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel an der Spitze vereidigt. Sie hat seitdem eine gute Regierungsarbeit geleistet. Dies zeigt sich besonders vor dem Hintergrund der Herausforderungen, die zu bewältigen waren: Der Umgang mit der Ukraine-Krise, der russischen Annektierung der Krim und bürgerkriegsähnlichen Zuständen im Osten dieses Landes. Dazu kamen die Haushaltsprobleme einiger enger europäischer Ver-



© Deutscher Bundestag / Achim Melde

Vor einem Jahr wurde Angela Merkel als Bundeskanzlerin wiedergewählt.

bündeter und daraus folgend einer schwächelnden Konjunktur in Europa. Innenpolitisch haben wir das Ziel eines ausgeglichenen Haushalts für nächstes Jahr erreicht – erstmals seit 1969. Das Ansehen Deutschlands im Ausland ist weiter gewachsen. Unser Land ist ein zuverlässiger Partner, es nimmt eine vermittelnde Position ein, die Wirtschaft läuft und die Arbeitslosigkeit ist weiter gesunken. Dennoch erwachsen uns weitere Aufgaben. Hierzu zählt die Aufnahme von neuen Flüchtlingen, die wegen der katastrophalen Bedingungen in ihren Heimatländern zu uns kommen. Aber ich denke auch an die Ausbildungsmissionen der Bundeswehr in Afghanistan und Irak.

Die Landesregierung Niedersachsen scheint in erster Linie mit sich selbst beschäftigt zu sein: Rund 800

neue Landesstellen wurden geschaffen, aber noch immer gibt es keine fertigen Pläne für die seit Januar laufende EU-Förderperiode. Der Entwurf für das neue Landesraumordnungsprogramm war sogar so schlecht, dass er ganz aufgegeben wurde.

Der Wahlkreis Celle-Uelzen steht in meinem besonderen Fokus. So muss der Breitbandausbau beschleunigt werden, und Celle und Uelzen vom Breitbandausbau des Bundes profitieren. In hohem Maße treffen unsere Heimat die Trassenpläne der Deutschen Bahn. Ich habe mich frühzeitig gegen einen Neubau ausgesprochen und eigene Varianten erarbeitet, den Hafen-Hinterlandverkehr weiträumig abzuleiten. Auch die SuedLink-Stromtrassen-Planungen durch den Landkreis Celle sind weiterhin aktuell. Der jetzt eingereichte Vorschlag entspricht dem ursprünglichen und trafe besonders schützenswerte Natur im Westen des Landkreises. Hier befinde ich mich in enger Zusammenarbeit mit meinen Landtagskollegen sowie dem Landkreis. Als Erfolg sehe ich die Eröffnung der Ortsumgehung Kirchweyhe der B 4 im Mai an, für deren Bau ich mich immer wieder eingesetzt habe. Die für die ganze Region extrem wichtige Nachfolgenutzung der Liegenschaft Bergen-Hohne im größten Truppenübungsplatz Westeuropas sehe ich nach vielen Gesprächen und Verhandlungen in den vergangenen Jahren auf der Zielgerade.

In aller Hektik der Vorweihnachtszeit ist es für mich immer wieder etwas Besonderes – wie letzten Sonntag – beim großen Adventskalender in Uelzen, einen Vers vortragen zu dürfen. Damit beginnt die Einstimmung auf die Festtage. Ich wünsche Ihnen, liebe Leserinnen und Leser frohe Weihnachten und ein gutes, gesundes Jahr 2015!



Aus dem Inhalt

Neues aus dem Bundestag	Seite 2
Keine Neubautrassen der Bahn	Seite 3
Die "Schwarze Null"	Seite 4
Reform der Pflegeversicherung beschlossen	Seite 5



Neues aus dem Bundestag

Regierungserklärung durch Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel zum Europäischen Rat am 18./19. Dezember 2014 in Brüssel. Im Mittelpunkt des Europäischen Rats stand das Investitionspaket der neuen Kommission. Ziel ist die rasche Umsetzung, so dass möglichst bald konkrete neue Investitionen finanziert werden können. Vordringlich ist dazu die Gründung des Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSI), der sich aus EU-Mitteln speist und an dem sich zusätzlich die Mitgliedstaaten freiwillig beteiligen können.

Resolute Support Mission - Nachfolgemission für ISAF. Deutschland ist bereit, den Weg zu einem stabileren Afghanistan auch langfristig weiter zu begleiten. Hierzu werden wir uns mit bis zu 850 Soldaten an der Ausbildungsmission Resolute Support beteiligen, aber auch den zivilen Aufbau intensiv fördern. Mit jährlich bis zu 430 Millionen Euro ist Deutschland der drittgrößte bilaterale Geldgeber Afghanistans. 2001 war Afghanistan als Staat zerfallen. Die Taliban herrschten mit einem Schreckensregime, unter dessen Mantel die Terroristen der Al Quaida eine Heimat gefunden hatten und unsere freie Welt angriffen. Es ist uns gelungen, die Terroristen zurückzudrängen und staatliche Strukturen wieder zu entwickeln. Denn nichts kann den Nährboden für Terror und Kriminalität besser austrocknen als Bildung, Rechtsstaatlichkeit und eine selbstbewusste Zivilgesellschaft. Mit außen-, sicherheits- und entwicklungspolitischen Mechanismen konnten wir eine Stabilisierung herbeiführen.

Wahl des Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages. Als Nachfolger von Hellmut Königshaus (FDP) stand Dr. Hans-Peter Bartels (SPD) zur Wahl. Der Wehrbeauftragte ist als 'Hilfsorgan' des Bundestages weder Abgeordneter noch Beamter. Er unterstützt die parlamentarische Kontrolle und hat als 'Anwalt der Soldaten' vor allem die Aufgabe, möglichen Grundrechtsverletzungen bei Soldaten oder der Verletzung der Grundsätze der Inneren Führung nachzugehen. Der Wehrbeauftragte hat dem Parlament über den inneren Zustand der Bundeswehr zu berichten.

Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der NATO-geführten Operation ACTIVE ENDEAVOUR im gesamten Mittelmeer. Namentlich stimmten wir über die von der Bundesregierung vorgesehene unveränderte Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der NATO-geführten Operation ACTIVE ENDEAVOUR (OAE) ab. Diese von uns unterstützte Mission wird weiterhin einen wichtigen Beitrag zur maritimen Terrorismusabwehr leisten – allerdings insbesondere in der Form der Seeraumüberwachung und des Austausches von Lagebildern. Da nach der Auffassung der Bundesregierung die ursprüngliche



Ausrichtung der Operation nicht mehr Art. 5 des Nordatlantikvertrages gerecht wird, betreibt sie die Entkoppelung des Einsatzes hiervon. Bis zu 500 Soldaten der Bundeswehr können im Rahmen der Operation eingesetzt werden.

Die neue Hightech-Strategie – Innovationen für Deutschland, Bundesbericht Forschung und Innovation 2014 und Gutachten zu Forschung, Innovation und technologischer Leistungsfähigkeit Deutschlands 2014. Mit der neuen Hightech-Strategie macht die Bundesregierung deutlich, wie wichtig Innovation und Spitzenforschung für den Wettbewerbsstandort Deutschland sind. In der Kernzeitdebatte am Donnerstag haben wir überdies über den Bundesbericht Forschung und Innovation 2014 sowie das Gutachten zu Forschung, Innovation und technologischer Leistungsfähigkeit Deutschlands 2014 beraten. Die Erfolge haben unbestreitbar damit zu tun, dass die Ausgaben für Bildung und Forschung im Bundeshaushalt seit Amtsantritt der unionsgeführten Bundesregierung im Jahr 2005 verdoppelt wurden.

Gesetz zur besseren Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf. In 2./3. Lesung haben wir Verbesserungen für die Vereinbarkeit von familiärer Pflege und Beruf beschlossen. Analog zum Kinderkrankengeld führen wir einen Rechtsanspruch auf eine Lohnersatzleistung bei zehntägiger Pflegeauszeit in akuten Pflegesituationen ein. Daneben wird es für Arbeitnehmer in Betrieben ab einer bestimmten Größe in Zukunft einen Anspruch auf eine bis zu 24 Monate dauernde Familienpflegezeit geben. Der Arbeitgeber erhält die Möglichkeit, den Erholungsurlaub des Arbeitnehmers für jeden vollen Kalendermonat der vollständigen Freistellung um jeweils ein Zwölftel zu kürzen..

Keine Neubautrassen durch den Wahlkreis!

Henning Otte unterstützt die Bürgerinitiativen in Celle und Uelzen für den Schutz der Heimat

Nachdem die möglichen Auswirkungen der Planungen einer neuen Eisenbahnstrecke für die Heimat deutlich wurden, lud Henning Otte zusammen mit seinen Landtagskollegen zu einer Informationsveranstaltung nach Eversen ein.

Das Interesse war mit über 400 Gästen so groß, dass der Saal nicht nur überfüllt war, sondern dass diese Veranstaltung zwei Wochen später in Groß-Hehlen wiederholt werden musste. Auf der ersten Veranstaltung fand sich ein Aktionsbündnis zusammen, das sich sowohl gegen neue Eisenbahnlinien, als auch gegen eine Stromtrasse durch bislang unberührte Natur wendet. Verschiedene Varianten haben erhebliche Auswirkungen auf die Natur in den Landkreisen Celle und Uelzen. Dies wurde auch bei einem Vor-Ort-Besuch im Rathaus Suderburg und bei der Bürgerinitiative in



Henning Otte unterstützt die Bürgerinitiativen im Landkreis Uelzen .

Foto: Moeller

Einke deutlich. Dort beeindruckte nicht nur der Organisationsgrad der Initiative, sondern auch die Darstellung, mit welchen Dammlagen und Einschnitten in der Landschaft zu rechnen ist. Dabei sprach Henning Otte auch notwendige Ausgleichsflächen an, die in den landwirtschaftlich intensiv genutzten Bereichen zu weiteren Verlusten von Anbauflächen führen würde.

Henning Otte betonte, dass er sich für unsere Heimat und bestehende Strukturen einsetze. Eine Neubaustrecke sei ohne jeden Nutzen vor Ort. Deswegen lehnt er sie ab. Die Auswirkungen auf die Landschaft seien massiv, da Güterzüge sehr eben laufen müssen. Kritisch äußerte Henning Otte sich auch zu dem Dialogverfahren, da es mit seiner Zusammensetzung geradezu aufdränge, dass es sich um eine Alibi-Veranstaltung handele.



In Eversen gründet sich das Celler Aktionsbündnis gegen die Neubautrasse gegen das Güter-Y.

Foto: Moeller



Erfolg für den Standort des Wasser- und Schifffahrtsamtes in Uelzen

Der heimische Bundestagsabgeordnete Henning Otte (CDU) freut sich, dass es gelungen ist, die bisherige Struktur des Wasser- und Schifffahrtsamtes (WSA) Uelzen auch für die Zukunft zu bewahren. Otte hatte sich bei Gesprächen mit der Leitungsebene im zuständigen Bundesverkehrsministerium auf die kompetente und leistungsstarke Arbeit des WSA Uelzen hingewiesen. Wichtig war ihm hierbei, dass nicht nur die regionale Zuständigkeit erhalten bleibt, sondern es auch zu keiner Trennung von Verkehr und Infrastruktur in der Verwaltung kommt.

„Ich sehe es als großen Erfolg an, dass die zunächst diskutierte Trennung der Zuständigkeiten verworfen wurde und es jetzt bei der regionalen Betreuung aus einer Hand bleibt“, zeigt sich der Bundestagsabgeordnete erleichtert. „Ich bin mir sicher,

dass das Zusammenwirken von Mitarbeitern der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung, als auch der Beitrag von politischer Seite für diese Neubewertung entscheidend war.“ Natürlich werde die geplante Reform der WSV ansonsten weiter verfolgt. Es werde auch zu personellen Umstrukturierungen v.a. in den oberen Verwaltungsebenen kommen. Sie werden jedoch sozialverträglich vorgenommen. Das Ziel bleibe ein noch effizienterer Verwaltungsüberbau und ein Fokus auf die Arbeit vor Ort. „Mich freut die Entscheidung insbesondere für die Mitarbeiter. Ich bin überzeugt davon, dass das WSA Uelzen mit seiner Zuständigkeit für den Elbe-Seiten-Kanal und daran anknüpfenden Teilen des Mittellandkanals sehr gut aufgestellt ist, um die schon bislang gute Arbeit auf weiterhin hohem Niveau fortzuführen. Das sichert Arbeitsplätze bei uns in Uelzen“, so Henning Otte.

"Schwarze Null" ist das Verdienst der Union!

2015 macht der Bund erstmals seit 1969 keine neuen Schulden

Mit dem Bundeshaushalt 2015 haben wir in dieser Woche Geschichte geschrieben: Zum ersten Mal seit 45 Jahren wird der Bund ohne neue Schulden auskommen. In der nüchternen Sprache des Haushaltsrechts liest sich der entscheidende Satz so: „Im Haushaltsjahr 2015 nimmt der Bund keine Kredite zur Deckung von Ausgaben auf.“ Und noch ein zentrales Versprechen der Union lösen wir mit diesem Haushalt ein: Wir sorgen dafür, dass die Ausgaben des Bundes ohne Steuererhöhungen finanziert werden.

Es ist keine Selbstverständlichkeit, dass uns dies gelungen ist. Denn wir hatten auf der Grundlage eingetrübter Wirtschafts- und Konjunkturaussichten zusätzliche Ausgaben etwa beim Arbeitslosengeld II, den Kosten der Unterkunft und dem Elterngeld zu finanzieren. Neue Ausgaben fangen wir durch Umschichtungen sowie über gesunkene Ausgaben beim Betreuungs- und Wohngeld und vor allem durch niedrigere Zinsausgaben auf. Zudem haben wir die von der Bundesregierung geplanten Gesamtausgaben noch einmal um 400 Mio. Euro gekürzt und setzen so ein weiteres starkes Signal für die Verlässlichkeit der Koalition.

Mit Abschluss des parlamentarischen Verfahrens darf der Bund im kommenden Jahr maximal 299,1 Mrd. Euro ausgeben. Das liegt noch immer unter dem Niveau von 2010. Doch wir sparen nicht nur, wir investieren auch. So haben wir z.B. die Bereiche innere Sicherheit, humanitäre Hilfe, Verkehr, Kultur und Hochwasserschutz deutlich gestärkt. Die Ausgaben für Kultur werden um rund 100 Mio. Euro erhöht beispielsweise für das Denkmalschutzprogramm für

ationale bedeutsame Kulturdenkmäler und für kulturelle Investitionen durch die gesamte Republik. Außerdem werden für das geplante Museum der Moderne in der Hauptstadt 200 Mio. Euro bereitgestellt. Der Zuschuss für die Deutsche Welle wird um 7,5 Mio. Euro aufgestockt. Mit zehn Mio. Euro zusätzlich wird die Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft in der Ukraine unterstützt. Im Umweltressort kommt es u.a. zu einer Wiederauflage des Förderprogramms zur Nachrüstung von Dieselfahrzeugen mit einem Rußpartikelfilter mit einem Volumen von 30 Mio. Euro. Und wir bringen ein Investitionspaket in Höhe von insgesamt 10 Mrd. Euro auf den Weg, das ab 2016 gelten soll.

All das sind wirklich gute Gründe für Freude, Stolz und Dank an alle, die mit Disziplin und konzentrierter Arbeit daran mitgewirkt haben, diesen Erfolg zu erreichen.



Rede zum Bundeshaushalt 2015.

Foto: Screenshot www.bundestag.de

Wir stärken die Pflege zu Hause

Die demografische Entwicklung Deutschlands hat massive Auswirkungen auf das Thema Pflege. Wir Deutschen werden erfreulicherweise nicht nur immer älter, wir sind auch deutlich länger fit und aktiv. Mit dem Anstieg der Lebenserwartung steigt aber zugleich die Zahl derer, die am Ende ihres Lebens pflegebedürftig werden, vor allem die Zahl der Demenzkranken nimmt zu. Die Union hat auf diese Entwicklung reagiert und das Pflegestärkungsgesetz verabschiedet. Hilfe- und pflegebedürftige Menschen sollen mit einer auf ihre individuellen Bedürfnisse angepassten Pflege in Würde ihren Lebensabend verbringen können. Wir stellen deswegen künftig jährlich über zwei Milliarden Euro für die Verbesserung der Leistungen zur Verfügung. Wir berücksichtigen zudem die Preisentwicklung der vergangenen drei Jahre bei der Anpassung der Leistungen, die gezahlt werden.

Wir sorgen dafür, dass notwendige Leistungsverbesserungen jetzt schnell bei den Menschen ankommen. Ab dem 1. Januar 2015 werden wir Pflegebedürftige, die zu Hause gepflegt werden, aber auch ihre Angehörigen deutlich stärker unterstützen. Uns ist vor allem dabei wichtig, dass die zeitlich befristete vollstationäre

Versorgung und die vorübergehende Pflege und Betreuung anstelle der Angehörigen künftig besser kombinierbar sind. Wer ambulante Pflegeleistungen und/oder Pflegegeld bekommt, kann in Zukunft auch Tages- und Nachtpflege voll in Anspruch nehmen. Die Erhöhung der Zahl der Betreuungskräfte wird zu einer spürbaren Entlastung in den Pflegeheimen führen. In einem zweiten Gesetz sollen weitere Schritte folgen, die Demenz noch stärker berücksichtigen.

Von der zum 1. Januar 2015 geplanten Beitragssatzerhöhung wird ein Drittel, nämlich 1,2 Mrd. Euro jährlich, in einem Pflegevorsorgefonds angelegt. In diesem soll über zwei Jahrzehnte angespart werden, um dann ab 2035, wenn die Babyboomer-Generation der 60er-Jahre in die Jahre kommt, künftige Beitragszahler zu entlasten. Um den Fonds vor unberechtigten Zugriffen zu schützen, wird er bei der Deutschen Bundesbank verwaltet. Mit dem ersten Pflegestärkungsgesetz setzen wir ein klares Signal für eine gute Pflege in Deutschland. Uns ist wichtig, dass die Menschen in Deutschland auch in Zukunft auf eine gute und menschenwürdige Pflege vertrauen können. Die Menschen in Deutschland haben sich darauf verlassen, dass wir dieses so wichtige

jährlich, in einem Pflegevorsorgefonds angelegt. In diesem soll über zwei Jahrzehnte angespart werden, um dann ab 2035, wenn die Babyboomer-Generation der 60er-Jahre in die Jahre kommt, künftige Beitragszahler zu entlasten. Um den Fonds vor unberechtigten Zugriffen zu schützen, wird er bei der Deutschen Bundesbank verwaltet. Mit dem ersten Pflegestärkungsgesetz setzen wir ein klares Signal für eine gute Pflege in Deutschland. Uns ist wichtig, dass die Menschen in Deutschland auch in Zukunft auf eine gute und menschenwürdige Pflege vertrauen können. Die Menschen in Deutschland haben sich darauf verlassen, dass wir dieses so wichtige

spürbaren Entlastung in den Pflegeheimen führen. In einem zweiten Gesetz sollen weitere Schritte folgen, die Demenz noch stärker berücksichtigen.

Von der zum 1. Januar 2015 geplanten Beitragssatzerhöhung wird ein Drittel, nämlich 1,2 Mrd. Euro

jährlich, in einem Pflegevorsorgefonds angelegt. In diesem soll über zwei Jahrzehnte angespart werden, um dann ab 2035, wenn die Babyboomer-Generation der 60er-Jahre in die Jahre kommt, künftige Beitragszahler zu entlasten. Um den Fonds vor unberechtigten Zugriffen zu schützen, wird er bei der Deutschen Bundesbank verwaltet. Mit dem ersten Pflegestärkungsgesetz setzen wir ein klares Signal für eine gute Pflege in Deutschland. Uns ist wichtig, dass die Menschen in Deutschland auch in Zukunft auf eine gute und menschenwürdige Pflege vertrauen können. Die Menschen in Deutschland haben sich darauf verlassen, dass wir dieses so wichtige



Wir sind für Sie da!



Markus Flasche



Anna Viefhues



Sophie von Magnis



Dr. Svend Moeller



Uwe Moldenhauer

Büro Berlin

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel. 030 / 227 – 7 23 20
Fax 030 / 227 – 7 63 20
Henning.Otte@bundestag.de

www.henning-otte.de

Büro Celle

Südwall 26
29221 Celle

Tel. 0 51 41 / 68 98
Fax 0 51 41 / 68 83

Henning.Otte.wk@bundestag.de

Büro Uelzen

Celler Str. 1
29525 Uelzen
Tel. 05 81 / 9 71 25 43

Fax 05 81 / 157 36
Henning.Otte.wk@bundestag.de

Herausgeber und ViSdP:
Henning Otte, MdB

